

Experten-Kolumnen 08.07.2011 | 06:01
 Autor: Dietmar Gajdos * [Alert abonnieren](#)

Braucht Europa den EURO? - eine Meinung zur aktuellen Situation

Die letzten Monate können mit dem Zitat von Baruch de Spinoza gut umschrieben werden: „Es gibt Hoffnung ohne Angst – aber auch keine Angst ohne Hoffnung“.



Dietmar Gajdos

Anzeige

Wie kam es dazu?

Der Vorläufer der heutigen Währungsunion mit dem EURO war das europäische Währungssystem (EWS). Damals gab es bereits zahlreiche Kritiker, die dem Schritt zur europäischen Währungsunion mit grossen Vorbehalten entgegen sahen. Das EWS sollte stabilere Kursrelationen der verschiedenen Wechselkurse in zweierlei Hinsicht fördern. Mit einer kurzfristigen Glättung übermässiger Kursschwankungen durch Interventionen und langfristig mit der Förderung einer grösseren Konvergenz der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten. Daher verpflichteten sich die Mitglieder im EWS mit ihrem Beitritt zu binnenwirtschaftlichen Massnahmen zur Erreichung einer einheitlichen Entwicklung. Damals stand der ECU als europäische Währungseinheit im Mittelpunkt. Hinter der Entwicklung und Förderung einer Währungsunion standen die Politiker, die die Stabilität der Währung nicht den Märkten sondern mit ihren dirigistischen Eingriffen „erzwingen“ wollten.

Die Konvergenzkriterien der Währungsunion verlangten:

- **Preisstabilität**
Eine Inflationsrate, die nicht mehr als 1.5% über dem Mittel der drei preisstabilsten Mitgliedsländer der EU ist
- **Höhe der langfristigen Zinsen**
Die Zinsen dürfen nicht höher als 2% über dem Zinsdurchschnitt der drei Länder mit der tiefsten Inflationsrate liegen
- **Haushaltsdisziplin**
Das jährliche öffentliche Budgetdefizit sollte grundsätzlich nicht mehr als 3% des BIP betragen
- **Staatsverschuldung**
Der öffentliche Schuldenstand sollte nicht mehr als 60% des BIP betragen
- **Wechselkursstabilität**
Ein Beitrittskandidat muss mindestens zwei Jahre am „Wechselkursmechanismus II“ teilgenommen haben, dabei darf der betreffende Wechselkurs nicht starken Schwankungen gegenüber dem EURO ausgesetzt gewesen sein

In der Studie von Dr. A. Galli, Schweizerische Volksbank, vom Oktober 1995, wird bei der Gegenüberstellung der Konvergenzkriterien der europäischen Länder bereits festgestellt, dass die folgenden Länder die erforderlichen Kriterien nicht erfüllen:

Griechenland, Portugal, Spanien und Italien.

... und heute?

Ausser diesen vier Ländern gab es damals, wohl auch wie heute, noch andere Kandidaten, die nur in Teilbereichen die Konvergenzkriterien erfüllten, ausser Deutschland und Luxemburg, die die Vorgaben vollumfänglich vorzeigen konnten. Am 1. Januar 1999 wurde der EURO eingeführt und am 1. Januar 2002 das EURO-Bargeld.

Das grosse Versäumnis der klaren Überprüfung der gesetzten Kriterien wirkt sich heute aus. Dazu kommt, wie man bei den durchgeführten Volksabstimmungen über die EU-Verfassung, feststellen konnte, dass nur ein kleiner Teil der Bevölkerung der EU-Länder hinter dem EURO steht. Die Politiker agierten unter sich und setzten ihre Absichten strikt durch. Als immer noch grosser Aussenseiter muss das EU-Mitglied Grossbritannien erwähnt werden.

Der grosse Vorteil des EURO ist der, dass innerhalb der EURO-Zone keine Wechselkurs- bzw. Umtauschverluste mehr entstehen. – Das sind dann aber auch schon alle Vorteile.

Die sich heute abzeichnende Problematik unterschiedlicher Wirtschaftssysteme, einer jeweils individuellen Finanz- und Steuerpolitik und natürlich der Nichteinhaltung der Konvergenzkriterien führten zu den aktuellen Unruhen an den Finanzmärkten wie auch in den einzelnen Ländern

Politiker aller Couleur nutzten die tiefen Zinsen der letzten Jahre für Wahlgewinne an die Bevölkerung. Das Resultat ist eine immense Verschuldung. Heute wird nun die Rechnung präsentiert. Mit immer neuen Sparmassnahmen aufgrund der Vorgaben der Partner in der EU, der EZB und des IMF werden die Menschen gezwungen, die Misswirtschaft durch die Politik zu finanzieren. Die Probleme grosser Banken, hier besonders auch von staatlichen Instituten müssen von der Privatwirtschaft mit Finanzspritzen gelöst werden. Die Auswirkungen dieser für die Bevölkerung drastischen Massnahmen sind teilweise Unruhen, die dramatische Ausmass angenommen haben. Sicher geht es nicht, wenn in einigen Ländern zum Beispiel eine sehr hohe Staatsquote besteht. Diese Beamten produzieren keinen volkswirtschaftlichen Nutzen, verfügen zum Teil über hohe Löhne, eine frühe Pensionierungsaltergrenze und andere Vorteile, die die übrige Arbeitswelt in der Wirtschaft nicht kennt, jedoch mit ihren Steuergeldern deren Finanzierung sicherstellen muss.

... wie weiter?

Die Stärke des CHF gegenüber dem EURO und dem USD konnte in den letzten Tagen aufgrund der Zustimmung des Parlaments in Griechenland zum Massnahmenpaket etwas gestoppt werden. Damit sind jedoch die Probleme dieses Landes noch nicht gelöst. Die Umsetzung der beschlossenen Einsparungsmassnahmen muss vor dem Hintergrund der Aufstände in der Bevölkerung erfolgen, was noch nicht einen sicheren Erfolg verspricht, damit weitere Hilfgelder der übrigen Partnerländer fliessen. Zudem besteht die Gefahr, dass das Land durch die Kombination von höheren Steuern und Sparmassnahmen erneut in eine starke Rezession gerät.

Nicht vergessen muss man die nächsten Problemkandidaten wie Portugal und Spanien, das zum Beispiel mit einer Arbeitslosenquote von über 21% oder rund 5 Millionen Arbeitslosen kämpft.

In der aktuellen Diskussion kommen unter anderem die Vorschläge zur Zweiteilung der Währungsunion, die Wiedereinführung der Drachme in Griechenland oder auch der Austritt von Deutschland mit der Rückkehr zur Deutschen Mark. Heute stehen jedoch die grossen Länder, Deutschland und Frankreich, eindeutig hinter der Beibehaltung des EURO und wollen ihn mit allen (Finanz-) Mitteln unterstützen, auch auf dem Rücken ihrer Bürger. Die Rückkehr zu mehr wirtschaftlichem Wohlstand in den Problemländern dürfte erst in einigen Jahren realistisch sein, drastische Sparmassnahmen begleitet von Unruhen in der Bevölkerung wie auch die Auswanderung vermöglicher Bürger sind keine Anzeichen für rasche Resultate.

Wir werden wohl weiterhin mit erheblichen Währungsschwankungen leben müssen. Die Stärke des Schweizer Frankens mit ihren Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft wird uns noch länger begleiten. – Noch wurden nicht die Verschuldungsprobleme der USA ins Licht gerückt beziehungsweise allfällige Lösungsvarianten.

Braucht also Europa den EURO? – Ja durchaus! – ABER?

* Dietmar Gajdos, DELTA Investment Partner AG, 8401 Winterthur

- [Axel Springer Schweiz AG](#)
- [Impressum](#)
- [AGB](#)
- [Rechtliche Hinweise](#)
- [Sitemap](#)